

## Antwort vor der Partei Die LINKE auf die Fragen von den P4F



Zunächst einmal ist es uns wichtig zu betonen, dass der Klimawandel die größte Bedrohung unserer Zeit ist und dass wir diesen unbedingt auf 1,5 Grad begrenzen müssen. Die LINKE ist die einzige Partei, die die Forderung der Wissenschaft, Deutschland bis 2035 Klimaneutral zu machen, im Wahlprogramm stehen hat, deswegen unterstützen wir auch den Kohleausstieg bis 2030.

Wir rufen als Partei mit zu den Fridays for Future Demonstrationen auf und setzen uns dafür ein, dass Deutschland das Pariser Abkommen einhält.

Um diese Ziele bundesweit zu erreichen, muss auch die Kommunalpolitik so gestaltet werden, dass diese Ziele umsetzbar und realistisch sind. Andere Städte und Kommunen haben bereits den Klimanotstand ausgerufen und sich ambitionierte Ziele gesetzt um möglichst bald klimaneutral zu werden. Hier sehen wir Winsen in der Verantwortung, auch ambitioniertere Klimaschutzziele zu setzen, damit die Zukunft der nächsten Generationen auch noch lebenswert sein wird.

Deswegen hier unsere Antworten auf die Fragen:

1.

- Ausbau von ÖPNV (zum Beispiel eine Bahnstrecke von Winsen nach Buchholz)
- Bepflanzung von Mischwäldern
- Bewahrung der Naturschutzgebiete
- Ladestationen für E-Mobilität
- Mehr Flächen für Bienen und andere Insekten (Blühstreifen)
- Verbot von Glyphosat

2.

Die Sanierung von Bestandsgebäuden ist nur mit Subventionen des Bundes möglich, grundsätzlich unterstützen wir die Sanierung und den Austausch von Heizungen aber auf jeden Fall.

3.

Massiver Ausbau des ÖPNV und der Radwege, da Radfahren für Mensch und Natur gesünder ist. Ladesäulen für E-Bikes ermöglichen dabei mehr Menschen die Radwege zu benutzen.

4.

- Nur in Ausnahmefällen Außenbebauung (also außerhalb der Stadtgrenze)
- Erstmal Bestandsbauten renovieren oder aufstocken (z.B. von Mietshäusern)
- Verbot von versiegelten Gärten (z.B. bei Steingärten)

5.

Auf jeden Fall, jedoch ist es bei Windrädern aufgrund der strengen Regelung des Bundes schwierig geeignete Plätze zu finden. Durch eine Regelung, dass Neubauten nur mit Solarzellen gebaut werden dürfen, könnte man hier den Platz effizient nutzen und die regenerativen Energien vorantreiben.

6.

- Bei der Ausweisung von Baugebieten auf Umweltaspekte achten
- Stadtverwaltung und andere Gebäuden der Stadt (Schulen und Kitas) selber mit Solarenergie und besserer Wärmedämmung ausstatten (in Kooperation mit den Stadtwerken)

7.

Ja selbstverständlich, viele Betriebe wollen auch von sich aus Klimapolitisch aktiver werden, hier ist die Unterstützung wichtig, jedoch müssen die Subventionen für die energetische Sanierung und andere Umbauten vom Bund kommen.

8.

Ja, zum Beispiel durch eine Beratungsstelle für ein klimafreundliches Verhalten, die sowohl Bürger\*innen als auch Verwaltung beraten kann.

9.

Ja, so könnte beispielsweise ein Beauftragte\*r alle Maßnahmen der Stadt auf umweltpolitische und klimapolitische Ziele überprüfen und eine Klimabilanz erstellen. Diese\*r könnte dann auch das Ziel der Klimaneutralität im Auge behalten.

10.

Am wichtigsten sind hier mehr Bäume in der Stadt, da diese am besten Temperatur und Wasser regulieren können. Eine senkrechte Begrünung von Wänden und die von Dächern in der Innenstadt würde auch dazu beitragen.

Die Regenwasserversiegelung auf neuen Grundstücken und die im öffentlichen Raum muss besser geplant werden, um sich vor solchen Ereignissen zu schützen.